



Wortprotokoll der 52. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 1. Juli 2020, im Anschluss an die
51. Sitzung
Berlin, Dorotheenstr. 100
Jakob-Kaiser-Haus 1.302

Vorsitz: Dr. Andreas Lenz, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt **Seite 3**

**Fachgespräch zum Thema „Globaler Kontext der
Corona-Pandemie und SDGs“**



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Benning, Sybille Damerow, Astrid Lenz, Dr. Andreas Marschall, Matern von Stein (Rostock), Peter Whittaker, Kai	Beermann, Maik Färber, Hermann Kruse, Rüdiger Pilsinger, Stephan Pols, Eckhard Weiler, Albert H.
SPD	Scheer, Dr. Nina Thews, Michael Westphal, Bernd	De Ridder, Dr. Daniela Klare, Arno Schäfer (Bochum), Axel
AfD	Kraft, Dr. Rainer Spaniel, Dr. Dirk	Glaser, Albrecht Wiehle, Wolfgang
FDP	Hoffmann, Dr. Christoph Köhler, Dr. Lukas	Bauer, Nicole Kluckert, Daniela
DIE LINKE.	Vogler, Kathrin Zdebel, Hubertus	Leidig, Sabine Remmers, Ingrid
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Hoffmann, Dr. Bettina Zickenheiner, Gerhard	Kekeritz, Uwe Strengmann-Kuhn, Dr. Wolfgang



Tagesordnungspunkt

Fachgespräch zum Thema „Globaler Kontext der Corona-Pandemie und SDGs“

dazu Sachverständige:

Prof. Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel

Präsidentin von Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.

Dr. Adriana Neligan

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW)

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich eröffne hiermit die 52. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Öffentliches Fachgespräch zum Thema „Globaler Kontext der Corona-Pandemie und SDGs“. Ich begrüße ganz herzlich unsere Gäste. Zum einen Frau Prof. Cornelia Füllkrug-Weitzel auf meiner rechten Seite und zum anderen Frau Dr. Adriana Neligan.

Wir haben uns zu Beginn der Corona-Krise drauf verständigt, dass wir dieses Thema in unterschiedlichen Kontexten diskutieren wollen. Heute also die globale Sicht bzw. auf globaler Ebene. Wir haben am Rande vieler anderer Sitzungen darüber gesprochen, wie sich die Auswirkungen darstellen, auf die sich entwickelnden Länder, aber natürlich auch in Bezug auf die Folgen hinsichtlich der Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs) im globalen Kontext der Corona-Pandemie.

Ich darf die beiden Gäste kurz in alphabetischer Reihenfolge vorstellen. Frau Prof. Cornelia Füllkrug-Weitzel ist Präsidentin von Brot für die Welt und Vorsitzende des Evangelischen Werkes für Diakonie und Entwicklung. Seit 2000 leitet sie das evangelische Hilfswerk, zu dem auch die Diakonie Katastrophenhilfe gehört. Zuvor war sie – nach ihrem Studium der Evangelischen Theologie und Politikwissenschaft und ihrem Vikariat – u. a. als wissenschaftliche Assistentin an der Freien Universität Berlin, als Menschenrechtsreferentin der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und als stellvertretende Direktorin des Berliner Missionswerkes tätig. Von der Bundesregierung wurde sie 2019 in die SDG-Kommission und in

die Fachkommission „Fluchtursachen bekämpfen“ berufen und sie ist Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung, der die Bundesregierung berät. Herzlich willkommen in unserer Runde.

Zu meiner Linken Frau Dr. Adriana Neligan. Sie forscht seit 2014 als Senior Economist am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zu den Themen „Umwelt, Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft“. Sie hat verschiedene nationale und internationale Publikationen zu den Themen „Produktion“, „Konsum“, „Wertschöpfungsketten“ und „Finanzierung“ im Kontext der Agenda 2030 veröffentlicht und beteiligt sich in verschiedenen relevanten Gremien und Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene zu den Themen. Von 1999 bis 2004 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin am Trinity College in Dublin. Sie hat Ökonomie in Augsburg und Valladolid studiert und hat am Trinity College in Dublin promoviert.

Meine Damen, vielen Dank, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Wir freuen uns auf Ihren Input, auf Ihre Einführungen. Bevor wir uns aber dem inhaltlichen Gespräch zuwenden, hier noch einige technische Informationen. Wir werden heute das Fachgespräch live im Parlamentsfernsehen übertragen. Zudem ist das Gespräch im Internet abrufbar unter www.bundestag.de. Von unserem Fachgespräch wird außerdem ein Wortprotokoll erstellt. Wir haben vereinbart, dass die Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge ihre Redebeiträge abgeben und diese nicht länger als zehn Minuten dauern sollen. Die Uhr hier im Raum auf dem Display wird entsprechend die Redezeit anzeigen. Sollte wirklich eine signifikante Überziehung der Redezeit eintreten, dann würde ich Sie kurz darauf hinweisen. Wir haben außerdem vereinbart, dass im Anschluss an Ihre Ausführungen mehrere Fragerunden stattfinden werden, bei denen ich die Kolleginnen und Kollegen bitte, die vereinbarten zwei Minuten pro Fragestellerin bzw. Fragesteller möglichst einzuhalten.

Damit erteile ich Frau Prof. Füllkrug-Weitzel das Wort für ihre Einführung, auf die wir uns schon freuen.

Sachverständige **Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Präsidentin von Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.): Vielen Dank. Ich bin ja schon über 20 Jahre



in dieser Position und muss sagen, es ist sicherlich mit Abstand die schwerste ökonomische und soziale Krise, die ich, die wir alle je im globalen Süden gesehen haben. Und es ist genau wie im eigenen Land, sie trifft die Ärmsten am meisten. Das gilt global für die Verteilung der Länder, das gilt aber auch innerhalb der einzelnen Länder.

Warum ist das so? Zum einen wegen der gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie. Da muss ich nicht darauf hinweisen, dass es Gesundheitssysteme trifft, die in keiner Weise darauf vorbereitet sind. Wenn man sieht, dass ein Land wie Somalia landesweit genau ein Beatmungsgerät hat und andere fünf oder sechs Geräte für eine ganze Nation, wenn man weiß, dass viele überhaupt keine Grundgesundheitsysteme haben, keine Grundversorgung, dann weiß man, dass das eine unmögliche Situation ist, dass das Recht auf Gesundheit oder das dazugehörige SDG, nicht realisiert werden kann. Gleichzeitig muss aber doch alles getan werden, was notwendig ist, und es müssen die Kosten für die Behandlung anderer Krankheiten massiv zurückgefahren werden. Die Health Care-Programme und die Impfkampagnen, die auf die Grundversorgung der Bevölkerung zielen, werden alle zurückgefahren, weil das Geld dafür einfach nicht mehr reicht. Das wäre ganz sicherlich eine der Empfehlungen, hier etwas zu unternehmen. Ohne Grundstrukturen, ohne Basisgesundheitsversorgung, ohne Zugang zu medizinischen Diensten ist aber keine Pandemie zu bekämpfen und dass man sich nicht nur auf den Impfstoff und auf die nächste Pandemie konzentrieren darf, sondern tatsächlich darauf, wie man die Möglichkeiten schafft, dass Menschen überhaupt ihr Recht auf Gesundheit verwirklichen können. Das ist aber nur die eine Seite.

Zudem ist es unmöglich, in Slums Abstand zu halten. Wenn man für 1000 Leute nur eine Wasserstelle hat, um sich regelmäßig die Hände zu waschen, dann ist das Problem auch klar. Die Pandemie verbreitet sich sehr unterschiedlich in verschiedenen Ländern. Aber gemeinsam ist, dass die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie infolge der sogenannten „Lockdowns“, die es ja überall gibt, relativ dramatisch sind. Man muss sich vergegenwärtigen, dass die Hälfte der weltweit Arbeitenden laut der International Labour Organization (ILO, Internationale Arbeitsorganisation) Tagelöhner sind, und zwei Milliarden Menschen speziell im informellen Sektor arbeiten.

Diese Menschen leben von der Hand in den Mund. Wenn sie nicht raus dürfen, und die meisten Länder haben sehr schnell „Lockdowns“ verordnet, dann gibt es keinerlei Einkommen. Keinerlei Einkommen heißt, was ich an dem Tag nicht verdiene, die 1,90 Dollar oder zwei Dollar pro Person, die habe dann ich nicht zur Verfügung. Das sind Menschen, die keine Reserven und keine Sozialversicherung haben. Da gibt es keinen Rettungsschirm von irgendeiner Regierung. Die Menschen hungern. Die Menschen haben schlicht und einfach gar nichts. Und wir reden – wie gesagt – von der Hälfte der weltweit arbeitenden Menschen, die davon massiv betroffen sind. Die 1,90 US-Dollar, die man einmal als unterste Armutsgrenze definiert hat, werden inzwischen für viele zu einem unerreichbaren Ziel.

Das führt dazu, dass das SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) natürlich auch nicht erfüllt wird oder erfüllt werden kann. Wir sehen eine Zunahme von Kinderarbeit. Alles, was irgendwie arbeiten kann oder halb legal arbeiten kann, wird rausgeschickt. Dass Kinderarbeit bis 2025 überwunden werden kann – als Unterziel von SDG 8 – ist auch schwer vorstellbar. Die soziale Ungleichheit wächst – SDG 10. Also, die Zahl der extrem Armen wird massiv ansteigen. Alle UN-Projektionen zeigen das. Die soziale Ungleichheit wächst innerhalb der Länder, aber auch zwischen den Staaten, und ebenso wächst die Zahl der Hungernden (vgl. SDG 2). Das „World-Food-Programm“ rechnet damit, dass sich die Zahl der chronisch und extrem Hungernden fast verdoppeln wird im Laufe der nächsten Monate, und es eine Viertelmillion Hungertote und ca. 270 Millionen Menschen geben wird, die sich an der extremen Hungertod-Grenze befinden. In Lateinamerika und Afrika gilt das besonders. In Lateinamerika hat sich die Zahl der Menschen, die auf Lebensmittelhilfe angewiesen sind, bereits verdreifacht. Man rechnet damit, dass speziell in der Subsahara-Afrika-Region die Zahl der Hungernden massiv steigt, und auch in Ostafrika ganz besonders in den nächsten Monaten wahrscheinlich die größte Hungerkrise seit Jahrzehnten zu sehen sein wird. Warum ist das so? Das liegt an Grenzschließungen, logistischen Problemen, die die Transportwege für Saatgut, für Düngemittel betreffen. Nachschub kann es da nicht geben. Es gibt bereits jetzt Engpässe. Es gab auch in der Tiermedi-



zin Engpässe. Felder konnten nicht bestellt werden, wegen der Ausgangssperre. Dadurch wird weder gesät noch geerntet. Bei „Ebola“ haben wir gesehen, dass das in den entsprechenden Ländern zu bis zu minus 40 Prozent der Ernteerträge geführt hat. Die Folge ist, dass jetzt, aufgrund des Klimawandels, eine sehr schwierige Situation eintritt, u.a. auch wegen der riesigen Heuschreckenplage in Ostafrika, der knappen Nahrungsmittelvorräte und der beginnenden Monsunstürme, mit entsprechend extremen Überschwemmungen. Bereits die letzten vier Jahre ist die Zahl der Hungernden immer wieder angestiegen. Aber jetzt – sozusagen „on Top“ – ist es eine extreme Zahl, die dann noch dazu kommt. Das wird natürlich auch zu sozialen Unruhen führen, zu Konflikten, zu unsicherer Migration, das ist ganz klar, und zu einer weit verbreitenden Unterernährung bei Menschen, die es bisher nicht waren, die teilweise durchaus auch zur Mittelschicht gehören. Insofern sind sehr viele der SDGs massiv betroffen.

Was kann da getan werden? Wir alle wissen, dass die Umsetzung der SDGs die Zivilgesellschaft braucht. Ohne Zivilgesellschaft ist das gar nicht denkbar, vgl. auch SDG 16. Dies liegt auch daran, dass wir gegenwärtig – und nicht nur in den letzten Jahren – ohnehin einen zunehmenden „shrinking space“, also eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft und darüber hinaus immer mehr autoritäre Einschränkungen und Menschenrechtsverletzungen, unter dem Vorwand, die Verbreitung von Falschnachrichten zu untersagen, vorfinden. Das bedeutet große Repressionen gegen Journalisten, gegen Medien, gegen die Pressefreiheit, Befugnisse von Polizei und Sicherheitskräften werden legitimiert, bzw. durch die Verhängung eines Ausnahmezustands stark erweitert und bewusst gegen Kritiker und Kritikerinnen der jeweiligen Regierung oder gegen marginalisierte Gruppen eingesetzt. Es kommt zu exzessiver Gewalt bei Verstößen gegen den „Lockdown“. Beispielsweise werden Menschen grundlos erschossen. Das ist extrem, was da geschieht unter dem Deckmantel „Lockdown“. Die Zivilgesellschaft wird in Folge dessen sehr stark beeinträchtigt.

Und in Folge der zurückgehenden Finanzmittel rechnet man damit, dass ein sehr hoher Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im Bereich Entwicklung, Menschenrechte, Frieden tätig

sind, voraussichtlich in einem Jahr nicht mehr existieren werden. Zudem stellt sich die Frage, wer das Monitoring machen wird? Was passiert mit den staatlichen Geldern? Wer wird die Interessen der Armen gegenüber den jeweiligen Regierungen vertreten etc.? Die Finanzsituation ist deswegen sehr kritisch, weil große Geberländer und Organisationen sich aus der Entwicklungsfinanzierung zurückziehen, aber auch, weil die Rücküberweisungen der Migranten nicht mehr fließen. Ihnen ist sicherlich bekannt, dass mehr „Entwicklungsgelder“ bzw. „Entwicklungshilfe“ von Menschen, die als Migrantinnen und Migranten im Ausland leben, gezahlt bzw. zurück überwiesen werden, als die der staatlichen Entwicklungshilfe. Das sind in Folge diejenigen Menschen, die in unseren Ländern unter Umständen Jobs haben, die aber am ehesten verloren gegangen sind in der Krise. Deswegen gehen auch die Rücküberweisungen stark zurück. Dies betrifft auch – ich nehme an, dass meine Kollegin hier noch etwas dazu sagen wird – die Auslandsinvestitionen bzw. die weltweiten Investitionen von Unternehmen, die global agieren in Ländern des Südens. Da habe ich zwei unterschiedliche Zahlen gelesen: Der Rückgang liegt demnach zwischen minus 20 und 40 Prozent. Eventuell haben Sie da entsprechende Zahlen und können ggf. Aufklärung schaffen?

Alle Maßnahmen zur Erreichung der SDGs oder auch alle Maßnahmen gleichermaßen, die jetzt zur Corona-Bekämpfung überlegt werden, müssen aus unserer Sicht – auch was das Konjunkturpaket betrifft – sehr konsequent an dem Grundprinzip der SDGs „leave no one behind“ orientiert werden. Allerdings gibt es jetzt viele mehr, die zurückgelassen werden, als jemals zuvor. Das habe ich vorhergesagt. Daher braucht es soziale Sicherungssysteme, die aus- und aufgebaut werden müssen, eine viel öffentlichere Daseinsvorsorge, und die Zivilgesellschaft muss gestärkt werden. Ich nenne das jetzt nur stichwortartig, weil gleich meine Redezeit zu Ende ist. „Schuldenerlass“, „Lieferketten-gesetz“, das wären alles noch Themen, über die wir dann diskutieren können.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Füllkrug-Weitzel, für diesen Einblick, und ich erteile Frau Dr. Neligan das Wort.

Sachverständige **Dr. Adriana Neligan** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW)): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich möchte einen kurzen



Impuls geben, den ich betiteln würde „Aus der Rezession mit nachhaltigem Wachstum, für eine klimaneutrale Zukunft – die Rolle der SDGs im Faktencheck“. Bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele kommt Unternehmen ja eine Schlüsselfunktion zu und der aktuelle Krisenmodus hat jetzt aber viele betroffene Unternehmen ans Limit gebracht. Gleichzeitig stellt die Krise ja auch eine Chance für Veränderung und kreative Lösungen dar, und das hat sich ja in den letzten Wochen auch gezeigt, dass da etwas möglich ist. Deswegen dürfen „Wiederaufbau“ und „Nachhaltigkeit“ nicht als Gegensatz verstanden werden, sondern müssen zusammen gedacht werden. Und wir brauchen weiterhin Wachstum, also vor, während und nach Corona – Wachstum ist relevant.

Ich möchte heute vier Aspekte näher beleuchten, die zeigen, welche Chancen insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Krise liegen. Erstens möchte ich zuerst über „Nachhaltigkeit als Wachstumsmotor“ sprechen. Zweitens über „Nachhaltige Produktion und Konsum“, dann über das Thema „Globale Wertschöpfungsketten“ und wie nachhaltig das gestaltet werden kann. Und abschließend möchte ich kurz auf die „Rolle von Digitalisierung und Finanzierung für Nachhaltigkeit“ eingehen.

Aber zunächst mein erster Punkt „Nachhaltigkeit als Wachstumsmotor der Wirtschaft“. Die Weichen müssen jetzt so gestellt werden, dass die Wirtschaft nachhaltiger wird, aber vor dem Hintergrund der Krise natürlich resilienter werden. Wichtig ist dabei, dass wir immer alle drei Aspekte der Nachhaltigkeit im Blick behalten – also „Ökonomie“, „Ökologie“ und „Soziales“. Und dafür benötigen wir einerseits strukturelle Veränderungen für das konsequente Schließen von Stoffkreisläufen – Stichwort: „circular economy“, aber auch den beschleunigten Aufbau grüner Produktionsprozesse und grüner Produktmärkte. Gleichzeitig müssen sich gewisse Rahmenbedingungen verändern, d. h., wir brauchen den Aufbau bzw. die Erweiterung adäquater Versorgungsinfrastrukturen – Stichwort: „Wasserstoff“, aber auch den Aufbau von Entwicklungsinfrastrukturen, also kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-Ups, um insbesondere Konzepte und das Testen klimaverträglicher Produkte voranzubringen. Denn Nachhaltigkeit ist ja auch ein Schlüssel

zur Zukunftsfähigkeit der Resilienz von Geschäftsmodellen. Klima- und Umweltschutz ist ja nicht nur gut für die Umwelt, sondern schafft auch neue Arbeitsplätze und Märkte. Viele Unternehmen haben das bereits vor Corona erkannt und umgesetzt. Wenn wir mittel- bis langfristig jetzt die richtigen Maßnahmen zum Wiederaufbau nach Corona stellen und relevante Weichenstellungen für klimafreundliche Geschäftsmodelle und neue Märkte liefern, können wir davon langfristig profitieren, denn Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 ist eben ein langfristiges Projekt. Und wenn jetzt in den Unternehmen krisenbedingt Investitionen in klimafreundliche Technologien wegfallen, verlangsamt sich die ökologische Modernisierung. Wenn man sich die Zahlen anschaut für die deutsche Industrie: Im Jahr 2018 hat die deutsche Industrie 11 Milliarden Euro in den Umweltschutz investiert. Das sind etwa zwölf Prozent der Gesamtinvestitionen. Das war in den letzten Jahren immer steigend. Ein Viertel davon war alleine für den Klimaschutz. Wie das jetzt in diesem Jahr aussehen wird, steht noch in den Sternen. Man geht davon aus, dass es wie in den Jahren 2008/2009 eine Delle geben wird. Aber umso wichtiger ist es, dass wir das gut auffangen. Aber Maßnahmen für den Umweltschutz verbessern nicht nur die Umwelt, sondern sind eben auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sei es bei emissionsarmen Antriebstechnologien, neue Materialien in Erneuerbare Energien oder der Energieeffizienz – das verarbeitende Gewerbe ist hier das Herzstück des Klimaschutzes. Hier möchte ich auch noch mal ein paar Zahlen nennen, um einfach ein Gefühl zu geben, in welcher Größenordnung wir uns bewegen. Im Jahr 2018 betragen die Umsätze mit Produkten und Leistungen für den Umweltschutz in Deutschland 71 Milliarden Euro. Mehr als drei Viertel entfielen auf das verarbeitende Gewerbe. Mit der Entwicklung umwelt- und klimafreundlicher Technologie trägt Deutschland zudem zum Umweltschutz und Klimaschutz im Ausland bei – etwa 40 Prozent davon wird exportiert.

Mein zweiter Punkt ist „Nachhaltige Produktion und Konsum“. Es ist ja unstrittig, dass wir zugunsten des Umwelt- und Klimaschutzes maßvoll mit Ressourcen umgehen müssen. Wir müssen bisherige Produktions- und Konsummuster verändern. Wir müssen weg von der linearen Wegwerfkultur, hin zu einer effizienteren und mög-



lichst zirkulären Wirtschaft, auch, um für eine höhere Resilienz in Krisenzeiten zu sorgen. Dabei kann die Digitalisierung, also die zunehmende digitale Vernetzung in komplexen industriellen Produktions- und Prozessabläufen, neue Potenziale liefern. Denn Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft sind Schlüsselstrategien bei den SDGs. 12 der 17 SDGs hängen direkt von der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen ab. Dessen muss man sich bewusst werden! Ich habe das wirklich mal durchgezählt. Die verstärkte Nutzung von Sekundärrohstoffen kann eine Wirtschaft krisenresilienter machen. Dafür braucht man aber funktionierende Märkte für Sekundärrohstoffe. Eine „circular economy“ aber ist nicht nur Recycling, sondern ist auch eng verknüpft mit Innovationen und neuen Geschäftsmodellen. Eine meiner Untersuchungen zum Thema „Materialeffizienz“ zeigt, dass in der deutschen Industrie der Fokus bislang auf Maßnahmen liegt, die eher diese traditionellen Optimierungsmaßnahmen im Vordergrund haben. Maßnahmen, die eine echte moderne Kreislaufwirtschaft darstellen, sind noch nicht so ausgeprägt. Damit meine ich Maßnahmen, bei denen man sich auf das Produktdesign, auf die Produktentwicklung konzentriert oder auf Kreislaufführung oder neue Geschäftsmodelle. Nur selten sind diese Maßnahmen auch digitalisiert. Unsere Untersuchung hat gezeigt, dass vor allem bei kleinen mittelständischen Unternehmen hier noch viel „Luft nach oben“ ist. Die Devise lautet „Qualität statt Quantität“, wenn es um den nachhaltigen Konsum geht. Konsumenten können ja auch einen Beitrag leisten, indem sie Umweltaspekte oder soziale Aspekte bei Kauf und Nutzung von Produkten und Dienstleistungen berücksichtigen. Ihre Kaufentscheidungen erhöhen den Stellenwert für Nachhaltigkeit und fördern Innovationen. Wer also bewusst Produkte kauft, die gut fürs Klima sind, wie beispielsweise einen Kühlschrank mit einer guten Energieeffizienzklasse, steuert damit ja auch Angebot und Nachfrage. Allerdings muss man dazu sagen, dass in vielen Bereichen hier moralischer Anspruch und Realität auseinander gehen. Stichwort: „Biobiolebensmittel“. Das ist weiterhin eine Nische. Etwa sechs Prozent ist der Marktanteil heutzutage, und die Ökolandfläche beträgt heute gerade mal zehn Prozent. Aktuell leiden Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die normalerweise vom Tourismus leben, sehr unter der Corona-Krise. Fernreisen sind

auch für deutsche Touristen erst mal keine Option. Dabei haben sie vor „Corona“ einen wichtigen Beitrag zur lokalen Wertschöpfung in diesen Ländern getragen. Wir haben im Jahr 2015 ermittelt, dass deutsche Touristen direkt und indirekt für insgesamt 1,8 Millionen Arbeitsplätze in Entwicklungs- und Schwellenländern sorgen. 15 deutsche Touristen sorgen dafür, dass eine Person direkt im Tourismus in Entwicklungs- und Schwellenländern beschäftigt wird. Neben den ökonomischen Aspekten haben wir uns auch angeschaut, wie sich verschiedene gesellschaftliche Aspekte auswirken. Und das hatte eben positive Auswirkungen auf Zugang zu Elektrizität und Alphabetisierung.

Mein dritter Punkt ist die „Nachhaltigkeit in globalen Wertschöpfungsketten“. Die weltweite Unterbrechung von Lieferketten durch die Corona-Pandemie zeigt deutlich, dass die heutige Weltwirtschaft ein hoch integriertes Netz an privatwirtschaftlichen Akteuren ist. Die deutschen Unternehmen haben aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und der vernetzten Wertschöpfungsketten aber gerade hier die Chance, durch die Implementierung der heimischen Standards einen Unterschied in Richtung „Nachhaltigkeit“ zu machen. Denn die Agenda 2030 zielt mit ihren Zielen darauf ab, die Nachhaltigkeit entlang globaler Lieferketten zu stärken. Dass die unternehmerische Verantwortung nicht vor Ländergrenzen halt macht, zeigt eine Studie aus unserem Hause, die die Nachhaltigkeitsaspekte von Unternehmen an den Standorten ihrer Auslandsdirektinvestition untersucht hat. Demnach nehmen gut vier von fünf der befragten Unternehmen nicht nur ihre ökologischen Standards an ihre Niederlassung mit, sondern es kommen die gleichen sozialen Standards für Mitarbeiter im In- und Ausland zur Anwendung. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen In- und Ausland.

Zuletzt möchte ich noch das Thema „Wege zu mehr Nachhaltigkeit nach der Krise“ ansprechen. Dabei möchte ich die Themen „Digitalisierung“ und „Finanzierung“ herauspicken. Die „Digitalisierung“ hat ja durch die Krise einen enormen Schub bekommen. Die Aufgeschlossenheit für das Thema ist größer denn je. Diese Chance sollten wir auch für die Nachhaltigkeit unbedingt nutzen. Allerdings, wenn man sich die SDGs genauer betrachtet, kommt das Thema „Digitalisierung“



kaum vor. Also eine Kopplung von Nachhaltigkeit und Digitalisierung ist somit dringend notwendig. Denn – ich nehme jetzt das Beispiel „Kreislaufwirtschaft“ – die digitale Datenerfassung und -verarbeitung haben große Potenziale in diesem Bereich. Zudem wird Nachhaltigkeit in seinen verschiedenen Facetten durch die Digitalisierung messbarer und transparenter und ermöglicht eine globale Vernetzung. Ich glaube, wir müssen die zwei Themen wirklich zusammen denken.

Zuletzt sehe ich noch in der Finanzierung ein Schlüsselement. Und das wird ja aktuell auch sehr viel diskutiert. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, sind angemessene nachhaltige Investitionen erforderlich, die nicht nur aus öffentlichen Haushalten finanziert werden können. Dafür müssen die Finanzmärkte adäquat einbezogen werden. Der Aktionsplan der Europäischen Union (EU) zur „Sustainable Finance“ mit seiner Taxonomie kann hier eine entscheidende Lenkungswirkung haben, da es für ein gemeinsames Verständnis über die ökologische Nachhaltigkeit von Wirtschaftsaktivitäten sorgen kann. Denn um die Agenda 2030 umzusetzen, sind umfangreiche Investitionen notwendig. Wir haben in einer Meta-Studie analysiert, wie hoch der Investitionsbedarf geschätzt wird, und es zeigt sich, dass der jährliche Gesamtinvestitionsbedarf auf fünf bis sieben Billionen US-Dollar bis 2030 geschätzt wird. Wenn man sich aber anschaut, wie groß z. B. der Green-Bond-Markt jetzt ist: Im Jahr 2019 lag das grüne Emissionsvolumen global bei 258 Milliarden US-Dollar – da müssen wir noch einiges tun. Also wenn man das umrechnet, dann brauchen wir die 28-fache Menge, um diese Investitionen jährlich zu decken. Mit der EU-Taxonomie soll ja weltweit die erste „Grüne Liste für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten“ geschaffen werden. Das ist ein wichtiger Schritt, um ein gemeinsames Verständnis über die ökologische Nachhaltigkeit von Wirtschaftstätigkeiten zu schaffen, und um den Investoren aber auch eine Grundlage für Investitionsentscheidungen zu geben. Wichtig erachten wir, dass diese Taxonomie letztlich aber auch die gesamte grüne Wertschöpfungskette in Betracht nimmt und auch Investitionen in Technologien, die zu einer erheblichen CO₂-Reduktion führen. Die Frage „Was ist grün?“ wird ja sehr heftig diskutiert, und ich bin auch gespannt, wenn dann die endgültige Liste erstellt wird. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Dr. Neligan. Wir starten mit der ersten Fragerunde. Als erster Redner spricht Matern von Marschall von der CDU/CSU-Fraktion.

Abg. **Matern von Marschall** (CDU/CSU): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Dr. Neligan, Sie haben wichtige Punkte genannt, aber überwiegend ist ja die Frage erfolgreicher unternehmerischer Entwicklung eine von Rahmenbedingungen, eine von „good governance“, von geringer Korruption, von vielen Dingen, die wir auch versuchen in der Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), zu unterstützen. Wir müssen uns die Frage stellen „lessons learned?“ Das ist – glaube ich – die Frage, die wir uns in der EU auch stellen. Was können wir eigentlich, wenn wir sehen, was nicht so gut gelaufen ist, vielleicht bei künftigen Verwerfungen besser machen? Dann muss man sich ja auch fragen, wie baue ich überhaupt eine nachhaltige dauerhafte Volkswirtschaft auf? Frau Prof. Füllkrug-Weitzel hat vorhin von diesen Millionen von Tagelöhnern gesprochen, die plötzlich vor dem Nichts stehen. Also, das sind ja gerade eben keine nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen. Und ich frage mich schon auch immer ein bisschen, was können wir eigentlich machen, um Eigenständigkeit in der Entwicklung zu fördern? Es ist mir schon immer wieder ein Anliegen, das wir nicht nur sagen, „so und so soll es laufen“, sondern, wie können wir auch einfach im Sinne von Subsidiarität eine gewisse Eigenständigkeit entwickeln? Und da komme ich auf die Ausführungen von Frau Prof. Füllkrug-Weitzel zurück. Wir waren ja schon mal zusammen in Indien unterwegs. Wichtig wäre mir an dieser Stelle, auf die Aspekte des Hungers einzugehen. Bei uns verrotten die Lebensmittel im Kühlschrank, weil wir zu viel einkaufen. Aber dort kommen sie gar nicht zu den Menschen, weil sie auf dem Weg vom Acker noch erschwert durch die Bewegungseinschränkungen verderben, weil keine Lagerhaltung da ist, keine Kühlketten da sind und viele andere Dinge mehr. Also, das wäre doch im Sinne von Resilienz, von Widerstandsfähigkeit, ganz wichtig, dass wir eine nachhaltige Sicherung von Lebensmittelerhalt vor Ort haben.

Ich würde Sie ganz gerne, Frau Prof. Füllkrug-Weitzel, noch mal kurz ansprechen. Also, wie ist in dieser Phase der Krise die Zusammenarbeit mit



den internationalen Organisationen gelaufen – mit dem „World-Food-Programm“ vielleicht an erster Stelle – in so einer existenziellen Krise, aber auch mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO)? Wir haben ja da auch viele Diskussionen, inwieweit wir deren Arbeit unterstützen wollen. Ich bin der Überzeugung, wir sollten sie unterstützen. Und zwar deswegen, weil wir ja auch in letzter Zeit immer von diesem „One Health“-Ansatz reden. Also, vielleicht können Sie uns klar machen, mal aus der Perspektive von Brot für die Welt: Gibt es eigentlich vor Ort ein abgestimmtes, ein koordiniertes Handeln mit den internationalen Organisationen zwischen den nationalen und auch den europäischen oder brauchen wir da eine bessere Koordinierung? Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als Nächster Michael Thews von der Fraktion der SPD.

Abg. **Michael Thews (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch für die beiden sehr interessanten Referate zum Einstieg. Ich glaube, dass die Anwendung von Nachhaltigkeit, also den SDGs, manchmal auch viel praktischer beschrieben werden müsste. Man müsste einfach auch mal zeigen, wo es funktioniert und dann untersuchen, warum es dort funktioniert. Ich kann mich an eine Fahrt des Umweltausschusses vor einiger Zeit nach Marokko erinnern, wo wir uns Projekte angesehen haben, die vielleicht auch helfen – sage ich mal – das, was Frau Prof. Füllkrug-Weitzel beschrieben hat, zu verhindern. Also, wir hatten das große Solarprojekt vor Ort angesehen. Da sind sehr viele deutsche Firmen in Marokko an dieser Riesenanlage beteiligt. Ich sage mal so: Die Anlage produziert Strom auch in Krisenzeiten. Da fehlt vielleicht mal ein Ersatzteil, aber da muss nichts transportiert werden. Da müssen also auch keine Rohstoffe hin transportiert werden. Wir haben uns noch eine Kläranlage angesehen, auch ein Riesenprojekt. Mit dem Abwasser wurden touristische Bereiche bewässert, die sonst mit Trinkwasser versorgt wurden, was eigentlich viel wichtiger für die Bevölkerung vor Ort ist. Und wir haben uns Landwirtschaftsprojekte angesehen, wo man Know how in die Landwirtschaft gebracht hat, das manchmal in diesen Ländern sehr rudimentär ist. Dort wurde uns das noch mal beschrieben. Man muss nicht glauben, dass die Bauern, die Landwirte vor Ort, so wie hier eine Schulung machen,

irgendwo eine Berufsschule haben, eine Prüfung machen. Sondern die haben tatsächlich viel Know how verloren und in Folge dessen wird die Landwirtschaft teilweise sehr ineffektiv betrieben. Man hat dann dort – sage ich mal – durch Schulungen, durch Know-how, was man dort eingebracht hat – auch mit deutscher Beteiligung –, das dann über die NGOs hauptsächlich, ganz andere Erfolge innerhalb einer nachhaltigen Landwirtschaft gehabt. Grünstreifen, Insekten etc. waren dort wieder zu finden in diesen Bereichen, und auch die Erträge waren dann auch viel größer als vorher. Das sind so Beispiele, die ich sehr stark noch in Erinnerung habe, wo ich sage, das hat an diesen Stellen gut funktioniert, sicherlich aber auch sehr unterschiedlich. Ich weiß auch nicht, ob man das immer auf jedes Land übertragen kann. Es gibt natürlich – sage ich mal – Grundbedingungen in diesen Ländern, politische Stabilität z. B. Wenn das nicht vorhanden ist, wird es sehr schwierig, in diesen Ländern zu agieren. Aber vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht auch noch mal schildern, welche Projekte besonders gut funktioniert haben, wo Sie Potenzial sehen, und wo Sie sagen, also das sind Dinge, die ich selber erlebt habe, das wäre nachahmenswert, und in diese Richtung sollten wir denken. Danke.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank, als nächstes Dr. Kraft von der AfD.

Abg. **Dr. Rainer Kraft (AfD):** Danke. Wir haben ja zwei Runden. Deswegen würde ich zuerst die Fragen an Frau Prof. Füllkrug-Weitzel stellen. Ihr Bericht war geradezu in schonungsloser Offenheit, dass im Prinzip ein komplettes Versagen in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele vorliegt. Man möchte ja eigentlich ein Nachhaltigkeitsziel fördern, ohne die anderen zu tangieren oder zu verschlechtern. Ihrem Bericht entnehme ich, dass man bei dem Versuch – es handelt sich derzeit um einen Versuch –, die gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie einzudämmen, mehrere andere Nachhaltigkeitsziele „vor die Wand fährt“, um es mal plastisch auszudrücken. Ist es hier im Prinzip ein komplettes Versagen oder eine Pervertierung der Anwendung dieser Ziele, was hier läuft, dass man bei dem Versuch, einen viralen Infekt zu verhindern, die Leute davon abhält, für ihren täglichen Lebensunterhalt zu sorgen und bei der Vermeidung oder Vernichtung von Landwirtschaft eigentlich auch für das nächste Jahr die



Möglichkeiten des Eigenerhaltes zerstört? Das werden ja Auswirkungen sein, die diese Länder noch tangieren werden und unter denen diese Länder noch zu leiden haben, wenn der Virus schon lange weg ist.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Als Nächster Dr. Lukas Köhler von der Fraktion der FDP.

Abg. **Dr. Lukas Köhler** (FDP): Herzlichen Dank. Ich habe an Sie beide Fragen. Erst mal an Sie, Frau Prof. Füllkrug-Weitzel. Es handelt sich um zwei Fragenkomplexe. Zum Ersten: Sie hatten sozusagen über die „shrinking spaces“ gesprochen. Was mich hierbei interessieren würde: Sind Sie im Rahmen Ihrer Arbeit über autoritäre Staatsführer „gestolpert“, die jetzt im Moment sehr hohe Zustimmungswerte haben, und konnten dabei auf ihren sehr länderspezifischen Blick nutzen? Also, was ich damit meine, ist: Viele Länder schauen im Moment auf sich und ihre eigene Pandemiebekämpfung. Das haben wir in Deutschland auch gemacht, auch nicht zu Unrecht, damit aber viel weniger auf solche Fragen wie Menschenrechte. Themen wie „Hongkong“ und das „Sicherheitsgesetz“ spielen in der Öffentlichkeit kaum eine Rolle, weil wir eben mit anderen Fragen beschäftigt sind. Und damit kann ich mir vorstellen, dass so etwas schon mal schneller, beispielsweise in Brasilien oder wo anders, vorkommt?

Meine zweite Frage – und zwar auch zur Frage der Rolle von „Brot für die Welt“: Wir sehen ja, Sie hatten es angesprochen, dass weniger Geld zurückfließt, aber insgesamt auch die Spendenbereitschaft von Menschen jetzt in dieser Anfangszeit deutlich zurückgegangen ist. Da würde ich fragen: Wie ist da die Entwicklung gerade auch für Nichtregierungsorganisationen (NGO), die in Deutschland tätig sind? Das ist sicherlich auch schwierig. Auf der anderen Seite haben wir viele Entwicklungsgelder aufgerufen. Ist es für Sie einfach, dass, was aus der Bundesregierung kommt, zu verteilen? Haben Sie da Probleme, oder gibt es da irgendwie Fragestellungen, vor denen Sie stehen, wie Sie jetzt neue Gelder in neue Projekte verschieben können, da Sie ja auch von Homeoffice betroffen sind, davon, dass Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kinder haben, also einfach praktische Schwierigkeiten haben, wie jeder andere auch? Da würden mich einfach Ihre Erfahrungen interessieren.

An Frau Dr. Neligan habe ich zwei Fragen. Einmal zur Taxonomie. Sie hatten sehr schön in der Taxonomie herausgearbeitet, dass sozusagen das einer der Hebel ist, über die wir viel Geld sinnvoll verteilen können. Und am Anfang Ihres Vortrages hatten Sie auch noch mal angesprochen, dass jetzt natürlich auch soziale Fragen eine Rolle spielen. Bei der Taxonomie ist ja im Moment, im ersten Schritt, nur die Klimaschutzfrage aufgerufen worden. So schön, wie Sie das am Anfang verbunden hatten, würde ich mich wundern, ob es nicht sinnvoller wäre, zu sagen, ja, wir führen diese Klimaschutzkriterien ein und sagen schon mal der Finanzindustrie, in welche Richtung es gehen wird, fixieren sie aber dann erst in der Umlage beispielsweise innerhalb die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht), wenn wir die sozialen Kriterien oder die Governance-Kriterien auch mit aufgegriffen haben, um diese Verbindung, die Sie ja meiner Meinung nach völlig zu Recht ansprachen, hinzukriegen. Im Moment steht halt viel zu dem Thema „Geld“, aber noch wenig z. B. zu „Kinderarbeit“ in den Dokumenten drin. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Und nun Frau Vogler von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank auch an die Sachverständigen. Das ist alles ganz spannend, und wir sitzen ja im Moment in vielen Gremien zusammen und beschäftigen uns mit diesen Fragen. Beispielsweise heute Morgen bzw. heute Mittag im Unterausschuss „Globale Gesundheit“, heute Morgen im Auswärtigen Ausschuss und vorletzte Woche im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention“. Also, es greift auch alles ein bisschen ineinander, und vielleicht sollten wir auch im Parlamentarischen Rahmen uns da ein bisschen besser vernetzen, weil wir – glaube ich – an vielen Stellen ähnliche Themen ansprechen aber doch immer mit unterschiedlichen Perspektiven, und das finde ich eigentlich sehr sinnvoll.

Frau Prof. Füllkrug-Weitzel, Sie hatten ja fast ein dystopisches Bild gezeichnet von der sich abzeichnenden Entwicklung. Und das deckt sich ja auch mit dem, was aus den Vereinten Nationen (VN/UN) berichtet wird, was z. B. der Direktor des „World-Food-Programms“ sagt, der vor der Hungerpandemie gewarnt hat, und auch das, was uns



Menschen berichten, die selber in der Entwicklungszusammenarbeit oder im zivilen Friedensdienst vor Ort tätig sind, wie sich die Lage in den Partnerländern entwickelt. Jetzt stelle ich mir natürlich die Frage, was wären denn die Konsequenzen, die wir daraus ziehen müssen? Und müssen wir nicht tatsächlich ganz neu über Umverteilung sprechen? Sie sprachen die wachsende soziale Spaltung auch in den Ländern des Südens an. Das beobachten wir ja hier ganz genauso. Muss dieses Thema nicht noch viel stärker in die Debatte gebracht werden, anstatt zu versuchen, die unterschiedlichen SDGs und Politikbereiche, sich gegenseitig im Wettbewerb am stärksten zu positionieren, um entsprechend die notwendigen Haushaltsmittel auch zu bekommen? Und da denke ich ganz besonders auch an die Frage einer Umverteilung aus dem Rüstungsetat in die Entwicklungszusammenarbeit, in die Bildung und in die Entwicklung wirtschaftlich nachhaltiger Strukturen. Müssen wir diese Debatte nicht viel stärker führen?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank, und abschließend Herr Zickenheiner von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Gerhard Zickenheiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender, und danke auch an die beiden Referentinnen für die eindrucksvollen Vorträge. Ich habe in der ersten Runde drei Fragen an Frau Prof. Füllkrug-Weitzel. Die erste geht noch mal zu „Covid-19“ und der Chance für eine Nutzung dieser Krise auch für die sozial-ökologische Transformation, die jetzt ansteht, neben der von ihr geschilderte Problemlage, die ja extrem dramatisch ist. Trotzdem ist dieses Ziel auf lange Sicht natürlich ein ganz fundamentales. Sie haben das ja auch auf der Jahrestagung des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE) so thematisiert. Welche Rolle spielt dabei die Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie und die Einführung einer SDG-Umsetzungsstrategie auf Ebene der EU? Das wäre meine erste Frage.

Die zweite Frage bezieht sich auf das Lieferkettengesetz. Da haben Sie ja eine sehr klare Empfehlung im RNE ausgesprochen, wie das aussehen muss. Wie schätzen Sie die gerade festgelegten Eckpunkte der Bundesregierung hierzu ein? Was fehlt da drin, oder ist es in Ihren Augen hinreichend? Ist es ein wirksames Instrument, so wie es geplant ist? Und wie kann die Bundesregierung

jetzt im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft diesen Punkt so gestalten, dass er tatsächlich auch eine europäische Regelung zur Folge haben kann?

Der dritte Punkt – ganz kurz noch zum Gemeinsamen Südamerikanischen Markt (MERSOCUR). Wir kennen alle die Probleme dieses großen Vertragswerkes, dass es an vielen Stellen nicht sanktionsbewährt ist. Die Ankündigung der Bundesregierung ist insofern auch irgendwo schockierend, dass man das Vertragswerk gerade jetzt im Moment trotzdem so durchsetzen will. Man weiß genau, was in Brasilien im Moment läuft. Wie sehen Sie die Chancen dafür, dass das Ganze vielleicht von außen jetzt im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft eine Art Korrektiv erfährt oder tatsächlich noch zum Besseren gewendet werden kann – und was passiert, wenn nicht? Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Herzlichen Dank für die vielfältigen Fragen. Ich würde jetzt vorschlagen, dass sich die Expertinnen bei ihren Antworten möglichst auf fünf Minuten beschränken, und ich würde mit Frau Prof. Füllkrug-Weitzel beginnen.

Sachverständige **Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Präsidentin von Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.): Danke. Zu der Frage von Herr von Marschall. Sie haben den sogenannten Nachernteverlust angesprochen und die Notwendigkeit von mehr Resilienz. Darauf werde ich zunächst nicht eingehen, vielmehr auf Ihre Frage bezüglich der Zusammenarbeit mit dem Welternährungsprogramm und ob das vor Ort mit den zuständigen Akteuren abgestimmt wird. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen wären schon sehr froh darüber, wenn die UN-Organisationen sich vor Ort abstimmen würden. Wenn sie sich dann auch noch mit der EU abstimmen würden oder wenn die EU sich mit der UN abstimmen würde, wäre das noch viel besser. Und wenn dann auch noch die lokalen Organisationen und Regierungen eine Chance bekämen, sich bei solchen Strategien abzustimmen, dann wäre es am allerschönsten. Aber wollen wir die Träume hier nicht lange auswälzen. Zu der Frage, welche Projekte sich bei der Ertragssteigerung als besonders effektiv erwiesen haben bzw. bei den Landwirtschaftsprojekten: Tatsächlich können die landwirtschaftlichen Projekte, die auf Nachhaltigkeit, auf lokales Saatgut – sozusagen auf standortgerechtes Saatgut – und auf



ökologische Landwirtschaft setzen, erhebliche Steigerungen von Erträgen aufweisen. Gleichzeitig führen sie dazu, dass durch die Steigerung der Erträge auch die Kommunen bzw. das gesamte Sozialgefüge der Kommunen einen enormen Aufwind bekommen. Zudem werden die Rolle der Frauen und die Bildung gestärkt.

Zu der Frage von Herr Dr. Kraft: Ist das ganze Gesundheitssystem oder die ganze gesundheitliche Strategie im Umgang mit „Covid 19“ vor die Wand gefahren worden? Sie spielen auf den „Lockdown“ an. Sagen wir es mal umgekehrt: Wenn Sie beobachtet haben, welche Erfahrungen Afrika mit der Ebola-Krise gemacht hat, dann wissen Sie, dass es gar keine Alternativen gab. Und es gibt auch keine Alternativen in Situationen, wo Menschen dermaßen extrem dicht aufeinander leben – zum Teil in den städtischen Ballungsräumen –, dass die Verbreitung in einem Maße rasend zunimmt, dass man mit Milliarden von Toten rechnen müsste. Wie auch immer Sie es wollen, aber ich glaube, das ist eine Situation, die sich keiner ausgesucht hat: Die „Alternative“ war Ebola. Und bei der Ebola-Krise gab es nicht solche sofortigen Maßnahmen, und sie hat sich in den entsprechenden Ländern wirklich extrem dramatisch ausgebreitet, und das wollten die Regierungen Afrikas daher bei Corona vermeiden, indem sie teilweise früher als z. B. die britische Regierung schon zu solchen Maßnahmen gegriffen hatten. Wie gesagt, das ist ein wenig verrückt. Keiner weiß, wenn sie es nicht getan hätten, ob es sich in diesem Maß ausgebreitet hätte. Man kann dann immer sagen, es war falsch, was getan wurde. Nichts zu tun, wäre aber genauso falsch gewesen. Insofern halte ich das für nicht zielführend, das eine oder das andere zu kritisieren.

Zum Thema „shrinking space“. Es ist exakt so, dass im Zuge bzw. im Schatten der Pandemie, solche Maßnahmen ergriffen werden, zum Teil durch exzessive Ausnahmegesetzgebungen, die dann angeblich alle dazu dienen, die Pandemie einzudämmen, oder um Verbreitung angeblicher „Fake News“ zu verhindern. Das wird eingesetzt gegen die Presse- und gegen die Meinungsfreiheit. Es werden unter dem Verdacht, dass bestimmte Gruppen in besonderem Maße möglicherweise Träger im Zusammenhang mit Pandemien bzw. dem Virus seien, also insbesondere Migranten in

den Ländern oder diese oder jene Personengruppen befällt, einzelne Personengruppen gezielt ausgesucht, beschuldigt und in besonderer Weise unterdrückt. Das sind rein „zufällig“ die, die schon länger die Regierungspolitik im Bereich „Umwelt“, im Bereich „Frieden“, im Bereich „Menschenrechte“, im Bereich „Demokratie“, kritisieren. Also, das passiert sehr gezielt und sehr dramatisch. Wie gesagt, es gab schon vorher den „shrinking space“. Wir machen hierzu jährlichen einen Report, aber das hat sich in einer Weise gesteigert, die extrem beunruhigend ist. Das ist weltweit eine große Krise für die Demokratie und für die Menschenrechte. Das muss man auch sagen. Und deswegen muss man auch bei allen Regierungsgesprächen, die man bilateral hat, wie beispielsweise beim MERCOSUR-Handelsabkommen oder wann immer man da in der Diskussion ist, massiv drauf hinweisen bzw. Bedingungen formulieren. Das ist nun gerade beim MERCOSUR-Abkommen eklatant nicht erfolgt. Die brasilianische Regierung, bzw. dessen Präsident Bolsonaro, hat es sich zum Ziel gesetzt, die gesamten sozialen Bewegungen zu beenden, zu liquidieren. Das hat er sogar wörtlich gesagt und auch noch bedauert, dass die Militärregierung das nicht vor ihm geschafft habe. Ob und wie man da ein Handelsabkommen ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Eigeninteresses betrachten kann, halte ich doch für extrem fragwürdig. Gerade im Falle Brasiliens müssen im Handelsabkommen klare Bedingungen formuliert werden; und die Menschenrechts- und die Nachhaltigkeitsfähigkeit im Blick auf die anderen Länder, muss deutlich zur Sprache gebracht werden. Ich glaube nicht, dass das zentrale Ziel auch der MERCOSUR-Länder, vor allen Dingen in Brasilien, z. B., mehr Fleisch, mehr Soja, mehr Ethanol nach Europa zu bringen, wirklich der Nachhaltigkeit der europäischen und der weltweiten Landwirtschaftspolitik dient oder dass das in irgendeiner Form den Menschenrechten hilft. Denn diese Produkte, die da angebaut werden sollen, kommen aus den Gebieten des Amazonas, und einer der Gründe der beschleunigten Rodung, Abbrennung und Abholzung des Amazonasgebietes hat genau mit der Steigerung der Produktion zu tun, die z. B. jetzt durch das MERCOSUR-Abkommen stärker auf den europäischen Markt gebracht werden soll.



Es gäbe noch viel zu diskutieren. Aber eines möchte ich noch sagen, was Sie mich gar nicht gefragt haben. Ich will Sie noch mal auf einen Zielkonflikt hinweisen und zwar auf den Beschluss der Koalitionsspitzen zum Konjunkturprogramm, der die Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft beschleunigen soll. Ich beziehe mich auf Punkt elf in dem Beschluss. Da geht es um die Befreiung von komplizierten Auflagen bei der Vergabe von Aufträgen und dem allgemeinem öffentlichen Beschaffungswesen und das, was unter „Entbürokratisierung“ gemeint ist. Das findet ja jeder erst mal sinnvoll. Es darf aber unserer Meinung nach nicht dazu führen, dass die Errungenschaften der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Frage gestellt werden. Sie werden es da drin nicht explizit finden. Das Wort „Nachhaltigkeit“ ist das einzige, was nicht da drin vorkommt. Also, da empfehle ich, noch mal einen ganz klaren Blick drauf zu werfen. Da könnte sich sonst ein Problem einschleichen. Denn für nachhaltige öffentliche Beschaffung einzutreten, ist auch hier in diesem Gremium ein lang angestrebtes Ziel gewesen. Also Punkt elf des Beschlusses der Koalitionsspitzen lege ich Ihnen noch mal nahe.

Und schlussendlich will ich zum Lieferkettengesetz – wir können da jetzt nicht mehr lange drauf eingehen – noch etwas sagen. Gerade die Corona-Pandemie hat es gezeigt. Ich bin beeindruckt von Ihrer Studie, Frau Dr. Neligan. Ich kann nur sagen, dass ich zumindest über Partner in Südostasien weiß, dass dort „von jetzt auf sofort“ nicht nur die Produktion eingestellt wurde, letztendlich durch das Verhalten der europäischen Textilunternehmen – auch der deutschen –, sondern dass es zum Teil auch dazu geführt hat, dass natürlich sofort alle entlassen werden mussten und sie ja vor Ort keine Arbeitslosenversicherung etc. haben, sondern dass diese Produktionsfirmen zum Teil dann auch noch nicht mal mehr bezahlt wurden für Ware, die bestellt und schon produziert worden waren, von den lokalen, indischen Firmen bzw. den Firmen in Bangladesch. Die jeweiligen Mitarbeiter wurden in Folge dessen mit absolut gar nichts, von „jetzt auf sofort“ nach Hause geschickt.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich erteile Frau Dr. Neligan das Wort. Ich bitte noch mal, auf die Zeit zu achten. Danke.

Sachverständige **Dr. Adriana Neligan** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW)): Vielen Dank. Zunächst zu der Frage von Herrn von Marschall: Wie baue ich nachhaltige Wirtschaftsstrukturen auf? Ich denke, die Grundvoraussetzungen haben wir bisher nicht erfüllt, aber wir sind auf einem guten Weg, brauchen aber erst mal einen Paradigmenwechsel. Wir müssen wissen, dass „Nachhaltigkeit“ ein Teil unserer Wirtschaftsstruktur ist. Es bestätigt sich der Eindruck, dass die SDGs auch einen wichtigen Kompass für alle – sage ich mal – Pakete, Rahmenbedingungen, Agenden darstellen. Also, ich glaube, wenn wir die SDGs auf allen Ebenen als Kompass auch nach der Corona-Epidemie sehen, dann sind wir auf dem richtigen Weg. Es ist ja nicht nur so, dass wir das auf internationaler Ebene als freiwilliges „Agreement“ haben, sondern jetzt auch im Konjunkturpaket stark nachhaltige Aspekte mit drin haben und gleichzeitig der „Green Deal“ auf europäischer Ebene vorangetrieben wird. Die Bundeskanzlerin hat ja letzte Woche die Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft vorgestellt. Da wurden neben der Bekämpfung der Corona-Pandemie vor allem der „Klimaschutz“, die „Digitalisierung“ und eben die größere globale Verantwortung mit dem Schwerpunkt Afrika genannt. Also, ich glaube, das ist bei uns angekommen, dass Nachhaltigkeit Teil davon ist – und sogar die wesentliche Voraussetzung. In Folge dessen brauchen wir natürlich global überzeugende Lösungen. In Deutschland sind wir Vorreiter im Bereich „Umwelt- und Klimaschutztechnologien“, aber wir müssen es auch schaffen, dass wir machbare Wege finden, die auch in anderen Ländern funktionieren. Es hilft ja nicht wirklich, wenn wir in Deutschland alleine Konsum- und Produktionsweisen ändern und der Rest der Welt macht nicht mit. Ich glaube, das ist wirklich ein zentraler Punkt. Wir brauchen Lösungen für „Ressourceneffizienz“, „Nachhaltigkeit“, „Klimaschutz“, die nicht nur bei uns funktionieren, sondern auch in den USA, China und in Afrika. Die globalen CO₂-Emissionen sind tendenziell eher gestiegen in den letzten Jahren – in Europa gehen sie zurück. Also genau dort brauchen wir diese Lösung. Es ist nicht so, dass wir hier die „Buhmänner“ sind. Zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen finden in Deutschland statt.



Zu der Frage „good practices“: Ich glaube, Frau Prof. Füllkrug-Weitzel hat das teilweise schon erläutert. Da bin ich selber natürlich eher akademisch unterwegs und habe jetzt natürlich keine „best practices“ parat, würde aber im Nachgang noch mal schauen, ob ich da was an guten Beispielen finde. Viele Unternehmen, das weiß ich eben aus anekdotischer Evidenz, beschäftigen sich ja nicht nur damit, im Ausland zu produzieren, sondern wollen die Leute auch entsprechend ausbilden. Das heißt, es wird hier im Rahmen von Bildungsprogrammen sehr viel gemacht. Aber ich habe jetzt keine speziellen Beispiele für die Länder.

Dann noch die Frage zu den sozialen Aspekten bei „Green Bonds“ von Herrn Dr. Köhler. Es zeichnet sich ab, dass die Taxonomie sehr kompliziert sein wird. Das liegt u. a. daran, dass es ein sehr komplexes – sage ich mal – Rahmenwerk darstellt, wo man festlegen will, was überhaupt „grün“ ist. Ich würde es für sinnvoll halten, sich erst mal auf die „Green Bonds“ zu einigen, bevor man da anfängt, noch weitere Kriterien zu definieren, da es ja sicherlich auch Zielkonflikte gibt. Zu der Frage, wie man das an dieser Stelle festlegen will: Ich finde es sehr sinnvoll, in einem zweiten Schritt weitere Kriterien hinzu zu nehmen, fände es aber gut, erst mal da Klarheit zu bekommen. Und da scheint es ja noch gar keine Einigkeit zu geben. Zu der Frage: Wie messe ich das genau? Also, die Liste ist ja noch nicht draußen und wie es endgültig aussehen wird. Der Grund ist sicherlich, dass es sehr komplex ist. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank für die Antworten. Jetzt würde ich gleich mit der nächsten Fragerunde starten. Ich erteile Sybille Benning von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Abg. **Sybille Benning** (CDU/CSU): Zunächst eine Frage an Frau Prof. Füllkrug-Weitzel. Ich bin immer für „Best Practices“. Mich hat ziemlich schockiert, dass Sie so deutlich sagten, dass die Organisationen vor Ort nicht miteinander zusammenarbeiten. Können Sie sagen, woran es liegt bzw. besser, was man tun kann oder was empfehlen Sie, wie die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Organisationen verbessert werden kann, da ja eigentlich alle „nachhaltig“ arbeiten wollen. Also, im Grunde genommen macht das ja auch

Sinn und Zweck, wenn da eine gemeinsame Arbeit stattfindet und nicht die Ressourcen verschwendet werden.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Von der SPD-Fraktion Dr. Nina Scheer.

Abg. **Dr. Nina Scheer** (SPD): Vielen Dank. Ich habe noch mal Fragen an beide Sachverständige. Wenn wir ableiten, was jetzt in der Corona-Pandemie im globalen Zusammenwirken ganz gut geklappt hat, dann denke ich, könnte man sagen, es hat ein Element des „Systemwettbewerbs“ gewirkt. Man schaut eben darauf, was funktioniert wo am besten? Das war ja ein Element, was sich leider nicht alle Staaten zu Eigen machen. Es gibt ja einige Länder, Stichwort: „America first“, die das nicht für nötig halten und eher die Haltung des Präsidenten Trump bezüglich dessen „Gemeinwohl“ und „Gemeinsinn“ unterstützen. Aber es ist ansonsten dennoch zu beobachten, dass auch geschaut wird, wo wird wie erfolgreich agiert. Deutschland kann da ein Stück weit eine gute Rolle spielen. Wenn es aber jetzt um die SDGs geht und auch um die Verfolgung von Nachhaltigkeitsziel im ganz Konkreten, wie z. B. bei der Energiewende, aber auch beim Ressourcenschutz und den ganzen anderen Gebieten, dann frage ich mich, ob denn tatsächlich dieses sich immer wieder bewährende Element des „Systemwettbewerbs“ und des aufeinander Schauens und voneinander Abschauens, ob sich das wirklich auch nach Ihrer Beobachtung durchsetzt oder ob sich nicht eine andere Herangehensweise leider immer wieder durchsetzt bzw. dann doch auch immer mal wieder um die Ecke kommt, die da „Effizienz“ heißt, bzw. auf Effizienz basierend herangeht. Dann sollte man ja vielleicht die Energiewende gar nicht unbedingt hier groß vorantreiben, sondern da, wo der gleiche Euro mehr bewirken könnte, nämlich dann in Afrika. Also, das ist nicht meine Position, um das mal gleich voranzustellen. Aber mir begegnet so etwas immer wieder. Das hört sich dann manchmal sehr theorieverliebt an. Aber es ist natürlich ökonomisch betrachtet sehr wohl denklogisch, dass man sagt, mit weniger Euro kann ich sehr viel mehr an anderen Stellen der Welt erreichen als hier. Und damit kann man sich ganz „schlank“ aus der Verantwortung schleichen, was ich eben höchst problematisch finde. Aber es gibt immer wieder dieses Argument, und da würde mich eben Ihre Einschätzung



interessieren, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Corona-Pandemie. Deswegen habe ich damit ja mit diesem „systemwettbewerblichen Effekt“ angefangen. Wie sehen Sie dies in Bezug auf die Fortentwicklung der SDGs?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Dr. Rainer Kraft von der Fraktion der AfD.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Vielen Dank. Ich versuche, es kurz zu machen. Zunächst eine Frage an Frau Dr. Neligan. Sie haben zwei Dinge gesagt, die aus meiner Sicht wichtig und richtig sind: „Qualität statt Quantität“. Das ist ja dann auch eine Voraussetzung für eine funktionelle Kreislaufwirtschaft, aber das müsste natürlich dann auch vom Gesetzgeber eingefordert werden. Oder um es mal am praktischen Beispiel zu sagen: Beim Erneuerbare-Energien-Gesetz hatte der Gesetzgeber auf Quantität gesetzt. Es sollten einfach möglichst viele Kilowattstunden produziert werden. Es gab aber keinerlei Vorgaben, wie diese mit Energie pro Fläche qualitativ produziert werden soll. Und was hat sich am Ende durchgesetzt? Die Billigsolarzellen aus China haben sich durchgesetzt mit unterdurchschnittlichen Wirkungsgraden.

Und jetzt kommen wir zum Aspekt der Kreislaufwirtschaft. Wenn ich jetzt versuche, aus diesem reinen Silizium, [...] was da drin ist – so rein ist es gar nicht –, und das Modul noch in eine Kreislaufwirtschaft führe, dann ist das ja in keiner Weise mehr wirtschaftlich. Wenn der Gesetzgeber hingegen verlangt hätte, hochwertige Qualitätsprodukte zu produzieren, dann würde es sich auch unter Aspekten der Kreislaufwirtschaft sicherlich lohnen, das sehr hochwertige Silizium aus den dann hochwertigen Solarmodulen und -zellen wieder zurückzugewinnen oder das Ganze in eine effektive Kreislaufwirtschaft zu bringen. Bei dem jetzigen Siliziumzellen- und Modulpreisen ist es so, das recycelt niemand mehr, die werden weggeschmissen und man kauft sich aus China die neuen Billigzellen. Das heißt: Steckt hinter der Aussage, die Sie getätigt haben – „Qualität statt Quantität“ – eine Grundvoraussetzung für die Möglichkeit einer erfolgreichen Kreislaufwirtschaft?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Dr. Lukas Köhler von der Fraktion der FDP.

Abg. **Dr. Lukas Köhler** (FDP): Herzlichen Dank. Ich hätte an Frau Füllkrug-Weitzel eine Frage. Haben Sie Informationen – gerade von Ihren Partnern vor Ort – über den Einfluss Chinas, die ja massiv über Direktinvestitionen, über die Direkthilfe, aber auch über sehr viel Propaganda gerade in Afrika vor Ort sind, aber auch zum Teil in Südamerika inzwischen deutlich stärker präsent sind. Wir würden an dieser Stelle auch wahrscheinlich eher über Entwicklungszusammenarbeit sprechen. Aber die Chinesen sehen das ja anders. Was die da vor Ort machen, scheint ja in der letzten Zeit noch mal ausgeweitet worden zu sein. Das würde mich interessieren.

Eine Frage an Frau Dr. Neligan: Sie hatten eben ganz interessant ausgeführt, dass es auch Zielkonflikte in der Taxonomie gibt. Ich halte Rahmenbedingungen für extrem wichtig, gerade wenn wir jetzt anfangen zu investieren. Im Rahmen der „Renewable-Ready-Strategie“ wurde bei den Investitionen ja deutlich gezeigt, was zumindest Ansatzpunkte sein könnten. Sie haben ausgeführt, dass es klüger wäre, erst ein „Kriterienset“ zu machen, die Zielkonflikte also zu ignorieren, und dann erst im Nachgang diese Konflikte einzuführen. Das habe ich nicht verstanden. Vielleicht habe ich das einfach intellektuell nicht mitbekommen. Ich habe ja die Zielkonflikte, und wenn ich sie dann nachträglich einführe, habe ich in meinen „Green Bonds“ eine Marktverunsicherung eher dadurch, dass ich dann die Kriterien oder Zielkonflikte noch mal aufweichen müsste. Könnten Sie das bitte noch mal erläutern?

Und die zweite Frage bezieht sich auf das sogenannte „grüne Paradoxon“, was von Prof. Hans-Werner Sinn diskutiert wurde, und dass wir jetzt nicht unbedingt über grüne Investitionen sprechen, sondern die Folgen der Corona-Krise, den Verfall der Öl- und Gaspreise und das Verhalten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC, Organization of the Petroleum Exporting Countries). Dabei stellt sich für mich die Frage, in welchem Zusammenhang das alles mit aktuellen Investitionsentscheidungen steht?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Und nun Frau Vogler von der Fraktion DIE LINKE.

Abg. **Kathrin Vogler** (DIE LINKE.): Danke. Ich habe noch eine Frage an Frau Dr. Neligan. Die



Corona-Krise zeigt uns ja jetzt auch die Verletzlichkeit globaler Märkte. Und da stellt sich mir die Frage, ob und wie wir gegebenenfalls das Verhältnis von lokaler Produktion und globalen Märkten neu austarieren könnten. Wir haben das an den Corona-Schutzmaterialien gesehen, aber auch an vielen anderen Gütern, die dann nicht mehr transportiert werden konnten. Dabei wird die Verletzlichkeit durch ein winziges Stückchen Protein deutlich. Da gibt es ja auch noch andere Dinge, wo man sich vieles ausmalen könnte, also ein katastrophales Ereignis, das wir gar nicht vorhersehen, das genau auch wieder so einen „Impact“ verursachen könnte.

Noch eine konkrete Nachfrage an Frau Prof. Füllkrug-Weitzel. Ich höre immer wieder, dass sich viele Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit große Sorgen um die nachhaltige Existenz ihrer lokalen Partner machen. Nicht nur durch das Element des „Shrinking Space“, sondern einfach dadurch, dass viele Partnerorganisationen schlecht institutionell finanziert sind. Was könnte man tun, um diese Strukturen zu erhalten, die wir ja brauchen, um in den Partnerländern aktiv zu sein?

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank und abschließend von den Grünen noch eine Nachfrage von Herrn Zickenheiner.

Abg. **Gerhard Zickenheiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Frau Dr. Neligan, ich bin ein bisschen skeptisch, wenn ich höre, „wir sind auf einem guten Weg“. Das höre ich sehr oft in dieser Form. Ich möchte das an einem Beispiel illustrieren. Sie haben – korrigieren Sie mich, wenn ich die Zahlen jetzt falsch verstanden habe – vorhin dargelegt, dass etwa zehn bzw. elf Prozent der Innovationsausgaben, in Richtung „Nachhaltigkeit“ gehen und davon ein Viertel in „Klima“. Da sind wir dann aber bei dem Ziel der „2,5 Prozent-Marke“. Und wenn wir das in Relation zum Umsatz setzen – das wäre ja die eigentliche Messgröße, die wir anlegen müssten – da sind wir dann irgendwo im Promillebereich. Sie müssen mir vielleicht nachher noch erklären, wie Sie damit die Paris-Ziele erreichen wollen oder gar die Agenda 2030 umsetzen. Das sind ja die Ansätze, die wir jetzt seit 30 Jahren hören, die aber einfach nicht dazu führen, dass irgendetwas damit erreicht wird.

Ein zweites Beispiel: Die deutsche Bauindustrie und das Thema „Kreislaufwirtschaft“. Da kann man auf der Website lesen, dass die da 90 Prozent in Recycling rein bringen. Das klingt erst mal Klasse. Wenn ich mir aber anschau, was damit passiert, dann ist das meistens der Beton, der unter der Straße oder in der Baugrube verschwindet, und damit endgültig nicht mehr zu verwenden ist für ein weites Recycling. Das heißt aber: Klingt toll, bringt aber nix. Und die Frage bleibt, gerade im Zusammenhang mit dem Thema „Kreislaufwirtschaft“. Da sind wir ja wirklich noch mit „offenen Baustellen“ gesegnet, weil wir an einigen Stellen gar nicht so richtig wissen, was da quantitativ los ist. Da können Sie mir vielleicht helfen. Was sind in Ihren Augen für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft die größten „offenen Baustellen“, also wo kann man Ihrer Ansicht nach im Moment am besten ansetzen? Und die zweite Frage: Wo können wir denn am wirkungsvollsten ansetzen? Das eine ist die quantitative Frage, das andere ist die qualitative. Ich denke, wichtig wäre mir auch noch mal eine Reaktion auf meinen doch etwas lauten Vorwurf, dass das Ganze so ernsthaft noch nicht funktioniert.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich würde jetzt vorschlagen, dass wir die Antworten auf etwa vier Minuten beschränken. Frau Dr. Neligan, Sie haben das Wort.

Sachverständige **Dr. Adriana Neligan** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW)): Dann möchte ich zunächst kurz auf die Frage von Frau Dr. Scheer eingehen – Thema „Systemwettbewerb“ in Zeiten von Corona und was das bedeutet. Arbeiten wir effizient? Machen wir es dort, wo es besonders günstig ist? Als Beispiel könnte man hier das Thema „Wasserstoff“ anbringen. Das ist jetzt groß angekündigt, und wir wollen dort einsteigen, aber wir werden die Mengen an Wasserstoff voraussichtlich nicht alle herstellen können, sondern in Ländern, in denen es wind- und sonnenreicher ist. Wenn man da sinnvolle Kooperationen hibekommt gerade mit Ländern in Nordafrika etc., dann kann man da eine „Win-win“-Situation erreichen. Wir bekommen die Erneuerbaren Energien, die wir benötigen, den entsprechenden Wasserstoff, und diese Länder profitieren davon. Also, ich glaube, das kann auch einen positiven Effekt erzeugen, weil wir die Kapazitäten in Deutschland gar nicht haben werden.



Dann zu Herrn Dr. Kraft und zum Thema „Qualität statt Quantität“. Ich finde es immer schwierig, wenn es darum geht, Sachen vorzuschreiben, dass man irgendwie Verbote oder Regulierungen so hinstellt, und dass man eben nicht technologieoffen oder marktbetrieben die Sachen umsetzen kann. Und ich glaube, das relevante ist im Endeffekt, dass für die Unternehmen ein Geschäftsmodell dahinter steckt, also dass es sich lohnt das zu machen, und das kann eben über die Nachfrage entstehen.

Die zweite Frage von Ihnen war ja zum Thema „Kreislaufwirtschaft“ – Stichwort „Silizium“. Das kann gut sein, dass es nicht wirtschaftlich recycelbar ist, aber ich glaube, daran müssen wir jetzt arbeiten. Vor allem im Bereich der „E-Mobilität“ werden wir das Thema bei den Batterien einfach immer mehr bekommen, und wir brauchen die kritischen Mengen an Materialien, damit wir die recyceln können. Wir stehen da noch am Anfang und das ist derzeit vielleicht noch nicht kosteneffizient. Ich glaube, das Know how ist da, es ist aber einfach noch nicht wirtschaftlich. Das sind die nächsten Schritte. Das ist im Prinzip eine technologische Entwicklung, die wir noch gehen müssen, um das kosteneffizient zu machen.

Dann zu Herrn Dr. Köhler – ich glaube, da lag ein leichtes Missverständnis vor. Ich wollte vor allem zu dem Thema „wir konzentrieren uns auf grüne Aspekte“ sagen: Natürlich sind das Zielkonflikte. Das bleibt zunächst auch, das ist ganz klar. Aber wenn wir zu viele Anforderungen auf einmal stellen, dann weiß ich nicht, ob dabei hinten etwas herauskommt. Ist es nicht vielleicht sinnvoller, sich einfach zu fokussieren und zu sagen, wir wollen jetzt Investitionen initiieren oder die Investoren dazu bringen, für den Klimaschutz etwas zu machen? Das ist ja vor allem das, in Bezug auf die sechs, sieben Umweltbereiche, die da angesprochen werden. Wie man das dann mit den sozialen Kriterien macht, ist für mich auch noch ein großes Fragezeichen. Also, das kann ich Ihnen jetzt auch nicht beantworten.

Und zum Thema „Grüne Investitionen“: Das kann ich vielleicht auch gleich mit der Frage von Herrn Zickenheiner gemeinsam beantworten. Sie hatten ja auch etwas ausgeführt zu „Grüne Investitionen“. Zwölf Prozent sind schon relativ viel. Also, vor zehn Jahren waren das im produzierenden Gewerbe noch vier Prozent.

Abg. **Gerhard Zickenheiner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ein Ziel. Wir wollen die Paris-Ziele erreichen.

Sachverständige **Dr. Adriana Neligan** (Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW)): Wir sollen die Paris-Ziele erreichen. Genau. Die Zahl stellt dar, wie viel das produzierende Gewerbe – gemessen an seinen Gesamtinvestitionen – in den Umweltschutz tätigt. Dass das natürlich nicht komplett in grüne Investitionen geht, überrascht jetzt nicht. Aber wir kommen von einem sehr geringen Niveau und sind jetzt schon relativ gut dabei. Meine Hoffnung ist, dass das weiter steigen wird, und dass wir die Anreize jetzt richtig setzen. Ich glaube, es ist wichtig, wenn wir das mittel- bis langfristig schaffen, diese Planungssicherheit zu liefern, damit die Unternehmen entsprechend „decarbonisieren“. Sie kommen nicht drum herum. Also, ich glaube, das ist auch dort angekommen, das ist den Unternehmen schon klar.

Um noch die letzte Frage zu beantworten – da ging es noch mal um das Thema „Recycling“: Wo würde ich am besten ansetzen, wenn es um eine perfekte Kreislaufwirtschaft geht? Wir haben natürlich Probleme in der Bauindustrie, das war auch Ihre Frage. Die Bauindustrie hatten Sie als Beispiel genannt. Wir brauchen einfach hochwertiges Recycling. Das ist nicht so einfach, aber das muss ganz am Anfang starten. Wir müssen bei der Produktgestaltung starten, das ist im Prinzip das A und O. Wenn wir das Produkt so gestalten, dass es nachher nicht mehr auseinandernehmbar ist, dann haben wir eigentlich nicht die Möglichkeit, ein hochwertiges Recycling zu machen. Und ich glaube, da muss man auch ansetzen. Und ich glaube, das ist auch das, was auf europäischer Ebene sehr stark betrieben wird, dass man eben sagt, wir dürfen Abfälle schon von Anfang an gar nicht erst entstehen lassen, wir müssen die Ressourcen erst gar nicht einsetzen. In meiner Studie – und das werde ich jetzt zum Abschluss sagen – gab jedes zweite Unternehmen an, dass es sich mit ressourcenschonendem Produktdesign beschäftigt oder nutzt, um die Materialeffizienz zu steigern. Die meisten Unternehmen – jedes zweite – machen das sozusagen nicht intensiv, aber das ist ein Thema, das in den Unternehmen auch langsam ankommt. Und ich glaube, das wird nun auch immer mehr forciert werden. Dankeschön.



Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Vielen Dank Frau Dr. Neligan. Und jetzt abschließend Frau Prof. Füllkrug-Weitzel, Sie haben das Wort.

Sachverständige **Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel** (Präsidentin von Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.): Zu der Frage der Rolle Chinas: Das Land ist deutlich stärker präsent. Der Einfluss Chinas wächst in Afrika und anderen Ländern, aber vor allen Dingen in Afrika. Die afrikanischen Regierungen begreifen langsam, dass es China überhaupt nicht um Entwicklung, sondern um Kontrolle geht, über deren Infrastruktur und für militärische bzw. für ökonomische Zwecke, für was auch immer. Sie begreifen, dass das nicht nur Freundlichkeit ist, sondern dass sie über den Tisch gezogen worden sind, z. B. beim Ausbau von Häfen, und dass es da nicht nur darum ging, dass sie endlich einen Hafen haben, sondern dieser Hafen hinterher China gehört, das ihn jederzeit schließen oder nutzen kann – für welche Zwecke auch immer. Also, da wachen die afrikanischen Regierungen gerade auf. Es hat also mit einer Kooperation im Sinne einer Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gar nichts zu tun. Es ist eine neue Form von Kolonialisierung. So läuft das auch bei den Straßen und der Eisenbahn durch Afrika. Das hat da wirklich etwas mit Kolonialismus zu tun. Und so ähnlich sind diese Projekte jetzt auch, und deswegen sollte man es nicht „EZ“ nennen.

Thema „Unterschiedliche Organisationen“ und was kann man da tun, bezüglich einer Kooperation: Fangen wir doch einfach mal im eigenen Land an. Ziehen denn das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt (AA) an einem Strang? Haben die eine kohärente Strategie? Ziehen die EU und die Mitgliedsstaaten innerhalb der EU an einem Strang? Nein. Jeder hat unterschiedliche Standards. Jeder erwartet von den Partnern völlig etwas total anderes. Lokale Partner müssen 50 verschiedene Standards bedienen, um von verschiedenen Ländern Geld zu bekommen. Ich würde vor allen Dingen da anfangen, ganz ehrlich gesagt, und massiv drauf drängen. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie man die UN zur besseren Zusammenarbeit bringt. Wir hatten in Istanbul den ersten humanitären Weltkongress – 2016 war das, glaube ich. Da ging es sehr viel und unablässig genau um dieses Thema, und am Ende „kreiste

der Berg und die Maus ward geboren“. Und ich glaube, viel geändert hat sich nicht. Aber das war vielleicht auch gar nicht Ihre Frage. Das ist jetzt das Problem, dass wir heute keine Zeit zum Diskutieren haben.

Die Frage, ob wir mit weniger Euro an anderen Stellen der Welt nicht mehr bewirken könnten? Das war von Ihnen, Frau Dr. Scheer. Das ist ja eine wichtige Frage, wie Sie schon selber sagen. Da kann man auch eine wichtige Antwort drauf geben. Also, zum einen muss man sagen, was die Bedeutung fürs Klima betrifft, sollte man ja immer zunächst prüfen, wo auch wirklich CO₂ emittiert wird und wo die Verursacherländer sind. Und das ist jetzt nicht in Afrika, Asien oder Lateinamerika, die ja praktisch kaum emittieren. Insofern muss man da mehr in Europa anfangen. Wenn man versucht, das Problem zu verlagern, indem man z. B. – ich war gerade in Fidschi – Regierungen darin unterstützt, dass da jetzt eine Politik verabschiedet wird, dass die Bäume nicht abgeholzt werden dürfen, also der ganze Wald von jetzt ab als eine Art „Senke“ genutzt und ökonomisiert werden kann, dann schaffen wir einen Ausgleich. Gleichzeitig führen der Meeresspiegelanstieg und die Stürme dazu, dass die ganzen Küstengemeinden langsam aber sicher im Wasser versinken. Die brauchen neues Land zum Siedeln, und da gibt es leider nur Wald. Da haben wir einen großen Zielkonflikt. Der zeigt, dass man auch nur in Maßen seine eigenen ökologischen Kosten auslagern kann in andere Teile der Welt, und dabei extrem darauf achten muss, dass man dadurch nicht die berechtigten Grundbedürfnisse von Menschen in anderen Teilen der Welt konterkariert. Das geschieht aber zum Teil auch. Da könnte ich viele Beispiele nennen.

Eine Frage zielte auf das „One Health“-Konzept von Bundesminister Müller und wie wir das bewerten. Bundesminister Müller bzw. das BMZ wollten sich ja insgesamt aus dem Gesundheitsbereich zurückziehen. Im Lichte der Pandemie wurde dann plötzlich doch gesagt, dass das ein Fehler sei und es wichtig ist, da wieder stärker reinzugehen und sich auf die Pandemievorsorge und das Konzept „One Health“ zu konzentrieren. Dazu wird es ja jetzt im Sommer ein Eckpunktepapier und auch eine Strategie geben. Wir halten es bei diesem Ansatz für zentral, dass dieser definitiv in einer Weise erarbeitet und ganzheitlich und



auch sektorübergreifend verankert wird. Wir wissen ja alle, dass das Virus überspringt. Nein, wir wissen es nicht alle, aber es gibt zumindest die belastbare Theorie, dass das Überspringen von Viren vom Tier auf den Menschen durchaus auch etwas mit dem Rückgang natürlicher Lebensräume und der Abholzung zu tun hat, und dass man sich sozusagen zu nahe kommt durch eine stetig ausgeweitete industrielle Nutzung der Wälder und die industrielle Landwirtschaft. Deswegen glauben wir, dass „One Health“ tatsächlich nur gelingen kann, wenn ein grundlegender sozioökonomischer Wandel stattfindet und auch hierfür eine Grundlage ist, und dass man diese Aspekte von vorneherein mit einbezieht, also einen sehr viel breiteren Gesundheitsansatz hat, und überlegt, was wären eigentlich gesunde Lebensbedingungen, und man alle Gesundheitsbedürfnisse der Menschen mit in den Blick nehmen muss und nicht nur das Risikopotenzial von Pandemien. Im Moment besteht die Gefahr, auch bei der Frage des Umgangs mit der WHO, dass man sagt, sie ist nur dazu da, unser Pandemierisiko zu verkleinern. Das Beispiel „Ebola“ hat aber ganz klar gezeigt, und auch das gegenwärtige Beispiel zeigt es wieder, dass es keinen Sinn macht, dass man bei Pandemien einfach irgendwo beschließt, etwas dagegen zu machen oder man einfach nur Geld gibt, wenn „on the ground“ keine Gesundheitsstrukturen existieren und die Basisgesundheitsbedürfnisse in keiner Weise erfüllt sind. Wenn ich keine Krankenhäuser habe, wenn noch nicht mal ein Mensch in einem Umkreis von 400 km zu irgendeinem Hospital, einer Gesundheitsstation gehen kann, was soll dann das ganze Konzept? Dann braucht man das nicht. Das eine geht nicht ohne das andere. Und wie gesagt, „One Health“ muss wirklich in allen SDG-Bereichen ganzheitlich, inklusiv und auch sektorenübergreifend verankert werden.

Zu der Frage, wie das mit den Aussagen von Bundesminister Müller zum Lieferkettengesetz zu bewerten ist: Wir könnten uns vorstellen, dass es in den Bereichen „Transparenz“, „Monitoring“ und „Beschwerdemechanismen“ noch klarere Vorgaben geben müsste. Da gibt es unserer Meinung nach ein Zurückweichen gegenüber den vorigen

Entwürfen. Wir können das aber heute nicht im Detail vertiefen.

Die Frage von Frau Vogler zum Thema „Soziale Ungleichheit“ hatte ich vorhin noch nicht beantwortet. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Entwicklungsländern zeigen sehr deutlich, dass es ohne soziale Sicherungssysteme und ohne einen Fokus auf die öffentliche Daseinsvorsorge in diesen Ländern nicht möglich sein wird, weder Pandemien zu bekämpfen noch andere Probleme zu lösen. Es wird auch schwierig sein, nach der Corona-Pandemie, nach den „Lockdowns“, die Wirtschaft und die Einkommen wieder anzukurbeln. Denn es fehlen dann einfach die grundlegenden Voraussetzungen für Menschen, sich überhaupt sozial und wirtschaftlich zu beteiligen, wenn sie keine Unterstützung haben, dass wir über diese Themen gar nicht nachdenken müssen. Das ist nicht dasselbe wie „Umverteilung“. Darüber rede ich jetzt nicht, aber ich rede davon, dass wir den Ansatz „social protection for all“, den es ja auf UN-Ebene bei der ILO gibt, deutlich unterstützen und ausbauen müssen.

Vorsitzender Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ich weise an dieser Stelle noch mal auf die Zeit hin. Wenn es in Ordnung wäre, dann würden ich Sie bitten, mit Ihren Ausführungen zu einem Ende zu kommen, weil jetzt schon 100 Prozent der Redezeit überzogen wurden, wohl wissend, dass es noch sehr viel zu sagen und zu diskutieren gäbe, wir aber nun mal zeitlich limitiert sind.

Wir bedanken uns ganz herzlich für den Input und auch für diesen „Ritt“ durch ein breites Feld an Themen, aber auch für die Fragen und die Antworten, und ich glaube, wir alle haben von Ihnen beiden wirklich viel mitgenommen. Jetzt gilt es natürlich auch, die entsprechenden politischen Schlüsse daraus zu ziehen. In dem Sinne ganz herzlichen Dank an beide Sachverständige.

Ich schließe damit die Sitzung und bedanke mich noch mal für die Teilnahme und wünsche noch einen schönen Abend. Dankeschön.



Schluss der Sitzung: 19:36 Uhr

Dr. Andreas Lenz, MdB
Vorsitzender